

MdB Friese bei SPD-Senioren in Böckingen:

**„Politik für Arbeit und soziale Gerechtigkeit fortsetzen“**

Um eine „klare Richtungsentscheidung“ geht es für SPD-MdB Harald Friese bei der Bundestagswahl am 22. September. Denn an diesem Tag, betonte Friese bei einer gut besuchten Veranstaltung des Kreisverbandes Heilbronn-Stadt der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Seniorinnen und Senioren (ASS), werde entschieden, „ob in Berlin eine Politik für Erneuerung und Zusammenhalt und für soziale Gerechtigkeit gemacht werde oder aber eine Politik für die Interessen Weniger“. Wer eine Politik für Arbeitnehmer, für Familien, für mehr Bildung und Chancengleichheit wolle, „muß im September dafür sorgen, daß Gerhard Schröder Bundeskanzler bleibt“, lautete der Appell des Abgeordneten im Böckinger Treff.

Bei der von ihm gezogenen „Bilanz einer erfolgreichen Regierungspolitik unter sozialdemokratischer Verantwortung“ stand das Thema „Soziale Gerechtigkeit“ im Mittelpunkt. „Wir haben“, präzisierte Friese, „eine Steuerreform gemacht, von der Arbeitnehmerfamilien profitiert haben“. Nie vorher habe es eine derart umfassende Steuerreform gegeben, vor allem hätten Arbeitnehmer nie vorher ein größeres Plus auf dem Lohnzettel vorgefunden. Und die Steuerentlastung gehe weiter, „da 2003 und 2005 die nächsten Stufen der Steuerreform in Kraft treten, mit denen Familien mit zwei Kindern bis 2005 um 2.448 Euro entlastet werden“.

Das Steuerkonzept der Union unterscheidet sich davon laut Friese „in zwei entscheidenden Punkten: Die Unionsparteien wollen den Spitzensteuersatz weiter absenken und zur Finanzierung Steuervorteile streichen, die Arbeitnehmern zugute kommen“. Daran sehe man, welche Steuerpolitik mehr soziale Gerechtigkeit bringe und welche weniger. Deutliche Vorteile für die Familien gäbe es aber nicht nur durch die Steuerreform, sondern auch durch die dreimalige Erhöhung des Kindergeldes und die Reform des BAföG.

„Zu dieser Politik für Arbeit und soziale Gerechtigkeit gibt es keine vernünftige Alternative“, meinte der Abgeordnete. Wer sich das Wahlprogramm der Union ansehe, werde feststellen, „daß die Konservativen nahtlos an ihre Politik bis 1998 anknüpfen wollen“. Dies zeige sich an Personen ebenso wie am Programm. Und dies bedeute in erster Linie Deregulierung, Abbau von Arbeitnehmerrechten, Abbau von sozialen Leistungen und einseitige Politik zugunsten der Arbeitgeberverbände.

„Eine solche Politik ist mit uns Sozialdemokraten nicht zu machen“, betonte Friese. Deshalb werde er immer wieder in Erinnerung rufen, was die SPD-geführte Bundesregierung seit September '98 geleistet und verbessert habe. Als weitere positive Beispiele nannte der Abgeordnete „den wieder eingeführten Kündigungsschutz, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Wohngeldreform, den Atomkonsens und natürlich die Steuerreform, die die größte Umverteilung von oben nach unten ist, die es je gegeben hat“.